

Medienmitteilung vom 22. August 2013

Die Grünen nehmen den Voranschlag 2014 mit grosser Besorgnis zur Kenntnis Bürgerliche Finanzpolitik im Grossen Rat führt zu Spirale nach unten

Wovor die Grünen seit Jahren warnen, ist nun in vollem Gang: Eine durch falsche steuerpolitische Entscheide in Gang gesetzte Abwärtsspirale, welche am Schluss nur Verlierer hinterlässt. Der Regierungsrat hat es zwar bemerkenswerterweise geschafft, einen ausgeglichenen Voranschlag zu erarbeiten. Der Preis dafür ist allerdings verantwortungslos hoch. Statt der dringend nötigen Stärkung des Kantons als Wohn- und Wirtschaftsstandort bringen die Sparmassnahmen eine Verschlechterung des öffentlichen Leistungsangebots.

Die Grünen Kanton Bern nehmen vom Voranschlag 2014 mit grosser Besorgnis zur Kenntnis. Der Regierungsrat hat den Willen des bürgerlichen Grossen Rates zwar umgesetzt und ein ausgeglichenes Budget erarbeitet. Auch wenn ein kleiner Teil des Budgetausgleichs mit einer ertragsseitigen Massnahme erfolgt, ist der für den ausgeglichenen Voranschlag erforderliche Preis massiv zu hoch. Unbestritten ist für die Grünen, dass die Kompensation des Defizits aus dem Jahr 2012 wie vom Regierungsrat beantragt über vier Jahre gestaffelt und mit einem moderaten Anteil im Jahr 2014 erfolgen soll. Und klar ist ebenfalls, dass die vom Regierungsrat vorgeschlagene Verlagerung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen dringend nötig ist, um in den kommenden Jahren wenigstens einen minimalen Spielraum für die erforderliche Investitionstätigkeit zu erhalten.

Die Sparmassnahmen aus der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP würden unter dem Strich keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Kantons Bern auslösen. Damit würde eine der – neben der falschen Steuerpolitik – Hauptursachen für die schwierigen Finanzlage noch weiter akzentuiert: die strukturelle Schwäche des Kantons Bern.

- Der Abbau bei den Prämienverbilligungen im Krankenversicherungsbereich wird die Lebenshaltungskosten für ärmere und mittelständische Familien spürbar nach oben treiben und den Kanton Bern als Wohnstandort unattraktiver machen.
- Der Abbau bei der Spitex und bei der stationären Langzeitpflege gefährdet eine ausreichende Versorgung älterer und kranker Menschen und führt immer mehr dazu, dass eine menschliche und soziale Betreuung durch einen kalten "sauber, sicher, satt-Ansatz" abgelöst wird.
- Der unverhältnismässige Abbau bei Institutionen für Menschen mit einer Behinderung trifft nicht nur die betroffenen Menschen, welche mit einer eingeschränkten Betreuung rechnen müssen, sondern ebenso die betroffenen, oft auch peripheren Regionen. In diesen stellen Heime und Werkstätten einen bedeutenden Faktor für Beschäftigung und Wirtschaft dar.

Die Grünen werden sich deshalb gemeinsam mit Beschäftigten, Arbeitgebern und Verbänden gegen zahlreiche der vorgeschlagenen Sparmassnahmen zur Wehr setzen. Die Kundgebung vom 16. März 2013 in Bern mit über 20'000 Teilnehmer/innen hat aufgezeigt, dass die Berner Bevölkerung die ewige Abbaupolitik satt hat.

Für die Grünen ist klar, dass die dem Kanton Bern vom bürgerlichen Grossen Rat verordnete konzeptlose Sparpolitik schadet. Der Kanton Bern braucht vielmehr eine fokussierte Weiterentwicklung seiner Stärken: eine Attraktivitätssteigerung als Wohnstandort und eine Stärkung der regionalen Zentren. Das setzt voraus, dass eine Modernisierung des Kantons ohne Scheuklappen angepackt wird, beispielsweise mit Gemeindefusionen. Es bedeutet auch, dass bei der Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich eine Strukturbereinigung erfolgt, welche eine fokussierte und bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung ermöglicht. Solche Prozesse lassen sich jedoch nicht unter einem unerträglichen Spardruck umsetzen.